



von Helmut Markwort

Warum Olaf Scholz künftig gegängelt wird und wie der Bundestag aus den Nähten platzt

Montag

Der Kanzlerkandidat Olaf Scholz kann eine Koalition mit der Linkspartei gar nicht ausschließen, weil er nicht genügend Einfluss in der SPD hat.

Würde er sich dennoch im Wahlkampf zu einem Ausschlussversprechen drängen lassen, müsste er möglicherweise nach der Wahl wortbrüchig werden.

So sieht die politische Realität aus. Falls die Wähler eine Mehrheit von Rot-Grün-Dunkelrot ermöglichen, werden sich darüber viele Sozialdemokraten freuen. Sie werden außenpolitische Themen wie die Mitgliedschaft in der Nato an den Rand sondieren und ausklammern.

Sie werden zufrieden feststellen, wie stark ihre Programme in wirtschaftlichen und steuerlichen Fragen einander ähneln. Sie werden gemeinsame Forderungen formulieren über Steuererhöhungen, Mietendeckel, Enteignungen und weitere Maßnahmen zum Schaden der Wirtschaft und der Eigentümer. Sie werden schwärmen, was sie gemeinsam schon in Berlin angerichtet haben.



Hintermann Kevin Kühnert und seine Linken werden Olaf Scholz im Bundestag steuern

Zusammen mit einigen wohlwollenden Bemerkungen über die Bundeswehr wird eine Regierungsvereinbarung zur Abstimmung gestellt. Zwei Gremien entscheiden. Ein Bundesparteitag der SPD und die neue, vielleicht 200-köpfige SPD-Bundestagsfraktion. Viele Wähler des Tarnkandidaten Scholz werden dann lernen, wer künftig in der Partei Helmut Schmidts die Richtung bestimmt. Die Vorsitzende Saskia Esken und ihr Vize Kevin Kühnert haben den Linksruck professionell organisiert.

Ihre Anhänger haben wichtige Listenplätze und aussichtsreiche Stimmkreise erobert. Sie haben kein Problem mit der umbenannten SED. Olaf Scholz kann dann gegen die neue Mehrheit stimmen.

Dienstag

Täglich wollen Menschen von mir wissen, wie die Wahl ausgeht. Ich weiß es nicht, weil es bis zum Schluss spannend bleibt. Zwei Dinge aber wage ich zu prophezeien. Das erste: Angela Merkel kann noch ein halbes Jahr Kanzlerin bleiben. Wir werden bestimmt an Weihnachten noch keine neue Regierung haben. Vielleicht am Aschermittwoch. Das ist der 2. März 2022. Bis dahin regiert das Kabinett Merkel. Meine zweite Prophezeiung: Ich fürchte ein Parlament mit mehr als 900 Abgeordneten. Vorgesehen sind 598, derzeit haben wir 709. Die mehr als 900 drohen, weil die Parteien es nicht geschafft haben, das Wahlrecht zu reformieren. Dieser aufgeblähte Bundestag kostet die Steuerzahler viel Geld und erschwert die Arbeit.



Sonstige Staatsgeld in Aussicht: Freie-Wähler-Chef Hubert Aiwanger, Bestseller-Arzt Sucharit Bhakdi, Ex-CDU-Mann Jürgen Todenhöfer

Mittwoch

Sie werden bei jeder Umfrage mit sieben oder acht Prozent ausgewiesen, aber kaum einer weiß, wer sie sind: die Sonstigen.

Auf den Stimmzetteln stehen bundesweit insgesamt 53 Parteien oder Gruppierungen, die alle in den Bundestag wollen. Sieben haben realistische Chancen. Ein paar andere wollen das Etikett „Sonstige“ loswerden. Wer bei Umfragen drei Prozent erreicht, wird dort mit eigenem Namen ausgewiesen. Die Freien Wähler mit Hubert Aiwanger haben es schon einmal geschafft.

Alle anderen verfolgen zumindest ein kleineres Ziel. Erreichen sie ein halbes Prozent der Wähler, ersetzt ihnen der Staat Wahlkampfkosten.

Bei der vorigen Wahl flossen immerhin 5,1 Millionen Euro an 14 Parteien, die von mehr als 0,5 Prozent der Wähler angekreuzt wurden. Die Freien Wähler kassierten 1,74 Millionen Euro, die Tier-schutzallianz gerade noch 19427 Euro.

FOCUS-Gründungschefredakteur Helmut Markwort ist seit 2018 FDP-Abgeordneter im Bayerischen Landtag.